

# Streik-Info

Mittwoch, 29. März 2006, 32. Streiktag  
www.uni-duesseldorf.de/verdiUKD

## Heute: **Großkundgebung in Hannover**

**der Beschäftigten der Universitätskliniken  
und der Landeskrankenhäuser**

- 07.00 Uhr Abfahrt am ver.di-Streik-Zelt
- 11.30 Uhr Ankunft in Hannover
- 12.00 Uhr Demonstrationszug in Richtung Opernplatz
- 12.30 Uhr kulturelles Vorprogramm
  
- 13.00 Uhr Kundgebung am Opernplatz  
**Hauptredner Bundesvorsitzender Frank Bsirske**  
Musikalische Beiträge zwischen den Redner/innen
  
- 15.30 Uhr Ende der Veranstaltung
- 16.00 Uhr Abreise

Die Planung der Bundesebene sieht ggf. Getränke und Imbiss-Stände (direkte Bezahlung - arbeitnehmerfreundliche Preise) auf dem Kundgebungsplatz vor.

- Lunchpaket mit Frühstück im Bus vorhanden
- Kaffee und Kaltgetränke im Bus vorhanden
- Für Verpflegung auf der Rückfahrt ist gesorgt

## Landtag

Gestern haben im Landtag die Fraktionen die Plenarsitzung der nächsten Woche vorbereitet. Außerdem tagen in dieser Woche zahlreiche Ausschüsse. Diese Gelegenheit nutzten wir und informierten Abgeordnete sowie Beschäftigte über die anhaltende Blockadepolitik des Finanzministers.

Die Abgeordneten aller Parteien sind aufgefordert, den Minister endlich zu bewegen. Eigentlich müsste Herr Linsen schon träumen: **Aufstehen zu Traifverhandlungen!**



## **Der Streik - seine Hintergründe**

**Ein Streik ist keine Naturkatastrophe, sondern demokratisches Recht aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.**

In der Bundesrepublik sind insbesondere längere Streiks eine Seltenheit. Der letzte große Streik im öffentlichen Dienst fand 1992 statt. Die Tarifpartner haben ihre Verantwortung in 60 Jahren Bundesrepublik sehr ernst genommen. Leider - und erstmals - zeichnet sich bei dem jetzt seit mehr als sechs Wochen andauernden Streik ein anderes Bild ab:

Es drängt sich der Verdacht auf, dass es den Arbeitgebern weniger um einen für beide Seiten tragbaren Tarifabschluss geht. Vielmehr drängt sich die Befürchtung auf, dass die Gewerkschaften, insbesondere ver.di fertig gemacht werden sollen. Warum?

ver.di ist mit rund 2,36 Millionen Mitgliedern die zweitgrößte Einzelgewerkschaft der Welt. Gelingt es, sie in die Knie zu zwingen, ist das ein überaus starkes Zeichen auf der gesamten europäischen Ebene. Die Arbeitgeber der öffentlichen Hand übernehmen hier Knebelarbeit, wofür die freie Wirtschaft ihnen dankbar sein wird.

Nicht zu vergessen ist, dass wir haben eine neue, konservativ geführte Regierung haben. Natürlich sagt niemand offen, dass es um die dauerhafte Schwächung der Gewerkschaft geht, aber dieser Gedanke spukt in vielen konservativen Köpfen herum.

Verhandlungsführer der Länder-Arbeitgeber ist der niedersächsische CDU-Finanzminister Möllring. Scharfe Kritik an seiner Blockadehaltung seitens SPD-Länderminister führte sofort zu entsprechenden Reaktionen auf Seiten der CDU. Damit ist der Arbeitskampf im politischen Fahrwasser und zu einer generellen Machtfrage geworden. Und das ist äußerst schlecht für das gesellschaftliche und wirtschaftliche Zusammenleben in der Bundesrepublik.

Darüber hinaus soll die harte Haltung der Arbeitgeber aber auch eine Warnung für andere Gewerkschaften sein: Wir bleiben hart, da könnt ihr streiken, bis eure Kassen leer sind.

Schließlich stehen genug Arbeitslose vor der Türe, die für Billiglöhne, weit unter Tarif antreten. Dann gibt es noch die Möglichkeit der 1-Euro-Jobs und die Vergabe von Aufträgen an private Unternehmen. Übersehen wird dabei, dass die Menschen, anders als der Staat, nur das Geld ausgeben können, was sie verdienen. Geld ausgeben bedeutet Binnenkonjunktur. Und die läuft bei uns schon seit Jahren nicht mehr.

Schließlich bleibt in diesem Arbeitskampf der Aspekt der Solidarität. Jeder Streik bedeutet für die Streikenden enorme Belastungen. Diese sind umso größer, je länger ein Streik dauert. Dann bröckelt, so die Berechnungen der Arbeitgeber, die Bereitschaft zur Fortführung des Streiks. Die Folge: Entsolidarisierung. Wieder ein Stück weniger Kitt, der unsere Gesellschaft zusammen hält. Wieder ein Stück weniger Integration zwischen deutschen und ausländischen Mitbürgern. Denn gerade Letztere sind häufig weniger qualifiziert, verrichten schlechter bezahlte Arbeit und sind eher gezwungen, für noch weniger Geld noch mehr zu arbeiten.

Vergessen wir nicht: Tarifpartnerschaft hat unser Land wirtschaftlich stark und erfolgreich gemacht. Auch Millionen von gewerkschaftlich nicht organisierten Arbeitnehmern und Arbeitnehmer profitieren von den Errungenschaften der Gewerkschaften.